

GRIECHENLAND

Gewerkschaftsmonitor

April 2022

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Regierung der konservativen NEA DIMOKRATIA (Νέα Δημοκρατία, ND) von Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis, seit Juli 2019 im Amt, liegt Umfragen zufolge in der Wählergunst ca. 12 Prozentpunkte vor der Partei SYRIZA (Synaspismos Rizospastikis Aristeras, Συνασπισμός Ριζοσπαστικής Αριστεράς), der stärksten Oppositionspartei. Nichtdestotrotz scheint die Regierung seit dem Sommer 2021 langsam, aber sicher an Popularität zu verlieren: Die Ausbreitung der Pandemie konnte nicht verhindert werden, das nationale Gesundheitssystem wurde entgegen aller Versprechen nicht gestärkt, die Maßnahmen der Regierung zum Schutz vor dem Virus sind oft inkonsequent und verwirrend, das Krisenmanagement bei Naturkatastrophen (Waldbrände und verheerende Unwetter) war unzureichend. Gleichzeitig verschärft sich die Wirtschaftskrise und die Beschäftigten im privatwirtschaftlichen Sektor sind erneut mit Arbeitslosigkeit oder Teilzeitarbeit konfrontiert. Gewinner dieser Entwicklung ist bisher nur die sozialdemokratische Partei KINAL (Κίνημα Αλλαγής, »Bewegung für den Wandel«). KINAL ist eine Partei der linken Mitte, gegründet im März 2018 als Zusammenschluss der PASOK (Panellinio Sosialistiko Kinima, Πανελλήνιο Σοσιαλιστικό Κίνημα, »Panhellenische Sozialistische Bewegung«) und einigen kleineren Parteien.

Bei den Wahlen von 2019 kam SYRIZA auf 31 Prozent der Stimmen, hat sich aber noch immer nicht von ihrer Niederlage erholt. Vor allem ihre internen Probleme erlauben der Partei nicht, eine starke Oppositionspolitik zu vertreten. Im Gegensatz zu SYRIZA befindet sich KINAL seit der Wahl ihres neuen Vorsitzenden, Nikos Androulakis, im Aufwind. Zu den Zielen der Partei gehören eine weitere Steigerung ihrer Umfragewerte und ihre Etablierung als wichtigste Vertreterin des progressiven Spektrums gegenüber SYRIZA. Der Vorsitzende der rechtspopulistischen EL (Elliniki Lysi, Ελληνική Λύση, »Griechische Lösung«) Kyriakos Velopoulos richtet sich mit seiner Rhetorik vor allem an die Impfgegner_innen und Ver-

schwörungstheoretiker_innen, kann davon bisher aber nur wenig profitieren. Die Parteispitze und führende Funktionäre der neonazistischen »Goldenen Morgenröte« (Chrysi Avgi, Χρυσή Αυγή, XA) wurden wegen Führung einer kriminellen Vereinigung zu Haftstrafen verurteilt. Die Lücke, die dadurch entstanden ist, wird bisher erfolglos von verschiedenen Bewegungen und Parteineugründungen rechtsextremer Ausrichtung beansprucht.

Unter Kyriakos Mitsotakis, der eigentlich als Politiker der liberalen Mitte gilt, konnte die ND viele Wählerstimmen aus der politischen Mitte (die meisten von ihnen ehemalige PASOK-Wähler_innen) für sich gewinnen. Mitsotakis war bemüht, den Schritt in Richtung der politischen Mitte zu festigen, indem er progressive und zum Teil aus der PASOK stammende Politiker_innen in sein Kabinett berief. Allerdings verlor diese politische Ausrichtung zunehmend an Dynamik angesichts neuer Herausforderungen: Migration, starke Spannungen im Verhältnis zur Türkei, Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Die öffentliche Sicherheit rückte wieder mehr in den Vordergrund, die Einwanderungspolitik wurde verschärft, die Medienlandschaft wird immer mehr von regierungsfreundlichen Einstellungen dominiert, und das Problem der mangelnden Transparenz in den Massenmedien hat sich weiter zugespitzt. Vor dem Hintergrund von Ungewissheit und sich häufender Beschwerden über die Unzulänglichkeiten des Gesundheitssystems, eines deregulierten Arbeitsmarkts, geringem Verantwortungsbewusstsein und wenig demokratischem Fingerspitzengefühl zeugen die Reaktionen der Regierung von einem konservativen Kurswechsel. Wählerverluste sind sowohl nach rechts als auch in Richtung KINAL zu melden.

Die programmatischen Schwerpunkte von Regierungschef Mitsotakis lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Belebung des Wirtschaftswachstums durch Hilfen aus dem Aufbau- und Resilienz-Fond der EU sowie aus der EU-Initiative REACT; dazu steigende ausländische Investitionen, Struktur-reformen, Steuer- und Abgabensenkungen, Modernisierung des Staates und Abbau von Bürokratie durch Digitalisierung sowie die Verbesserung der inneren Sicherheit. Der »Nationale Aufbauplan« kann jedoch kaum als bahnbrechend bezeichnet

werden, da soziale Gerechtigkeit und Klimawandel nicht zu seinen Kernpunkten gehören. Zudem bemühte sich die Regierung in keiner Weise, die Sozialpartner in die Planung miteinzubeziehen und damit die Legitimität der Reformen zu stärken.

Die Entscheidungen der Regierung scheinen immer mehr von den Hardlinern am rechten Flügel der Partei beeinflusst. Ein Beispiel dafür ist das harte Durchgreifen der Polizei zur Einhaltung der Maßnahmen während des Lockdowns 2021, was von der Öffentlichkeit, den linksliberalen Medien und der Opposition heftig kritisiert wurde. Auch der Einsatz von Spezialeinheiten der Polizei in Universitäten, der per Gesetz nun möglich ist, spiegelt den Schwenk nach rechts wider. Ab dem kommenden Sommer sollen die Spezialkräfte zum Einsatz kommen.

Mitsotakis' Bemühungen, dem rechten Flügel seiner Partei entgegenzukommen, werden einmal mehr beim Umgang mit den Flüchtlingsbewegungen offensichtlich. Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Regierung für ihre »neue Taktik«, die Geflüchteten an den Landesgrenzen abzuweisen. Immer öfter werden von Menschenrechtsorganisationen und internationalen Medien illegale Push-backs in der Ägäis dokumentiert. Premier Mitsotakis und Migrationsminister Mitarakis weisen jegliche Vorwürfe zurück und beharren auf das Recht jedes Staates, seine Grenzen zu schützen. Offizielle Untersuchungen der dokumentierten Fälle lehnt die Regierung bisher ab.

Mit der Corona-Pandemie bahnte sich dann eine weitere ernsthafte Herausforderung für die Regierung an: Sie musste aufgrund der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen ein Krisenmanagement auf die Beine stellen. Wurde die Regierung zu Beginn der Pandemie noch für ihr erfolgreiches Management gelobt, verlor sie ab dem Sommer 2020 zunehmend die Kontrolle über die Verbreitung des Virus. Mit Ausbreitung der Omikron-Variante verschärfte sich die Situation: Das Land verzeichnete im Januar 2022 europaweit die dritthöchsten Infektionszahlen und stand bei der Zahl der Toten an sechster Stelle.

Die linken Parteien SYRIZA und KINAL sind immer noch damit beschäftigt, sich neu aufzustellen. Der SYRIZA-Vorsitzende Tsipras sitzt parteiintern fest im Sattel; seine Führungsrolle wird bisher von niemandem ernsthaft in Frage gestellt. Schon seit längerem will er der radikalen Linkspartei ein sozialdemokratisches Profil verleihen und sie als breite »progressive Mitte-Links-Allianz« etablieren. Dagegen gibt es jedoch immer stärkeren innerparteilichen Widerstand. Die Partei befindet sich in einem Selbstfindungsprozess und will bei ihrem nächsten Parteitag im April 2022 neue politische Strategien in die Wege leiten.

KINAL sieht ihre Umfragewerte massiv zu wachsen. Der überraschende Tod ihrer Vorsitzenden Fofi Gennimata im Oktober 2021 stürzte Partei und politisches System in tiefe Trauer. Gleichzeitig stellte er eine Zäsur für die sozialdemokratische Partei dar. Unter dem neuen Vorsitzenden, dem Europaabgeordneten Nikos Androulakis (42), schneidet sie bei Umfragen nun besser ab. Androulakis gilt als zentristischer Sozialdemokrat und Antipopulist. Den Gewerkschaften steht er eher distanziert gegenüber. Seit seinem Sieg scheint eine gewisse per-

sonelle Erneuerung, die sich alle progressiven Wähler_innen im Land wünschten, stattzufinden. Schrittweise schafft es die sozialdemokratische Partei, ihr Profil als unabhängige progressive Kraft zu schärfen, was ihr bisher nicht gelungen war. Sie ist bestrebt, sich in ihrer Politik gleichermaßen von ND und SYRIZA abzugrenzen, um ein eigenes Profil für die Wähler zu zeigen. Nach dem nächsten Parteitag, der im Sommer/Herbst dieses Jahres stattfinden soll, wird man mehr über die politische Richtung und das Profil der Partei in dieser neuen Phase sagen können. Sollten die nächsten Parlamentswahlen eine Koalitionsregierung erzwingen, könnte KINAL Teil der Regierung werden. Die nichtvorhandenen Beziehungen zu den Gewerkschaften lassen aber nicht vermuten, dass sich an der Regierungspolitik in gewerkschaftlichen Bezügen etwas verändern würde.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Nach Jahren der Krise befand sich Griechenlands Wirtschaft gerade wieder auf Wachstumskurs (1,87 Prozent im Jahr 2019), als dieser aufgrund der Pandemie zu einem jähen Ende kam. Die griechische Wirtschaft ist 2020 laut der Griechischen Statistischen Behörde um 9,7 Prozent geschrumpft. Für 2021 rechnet die EU-Kommission (Februar 2022) mit einer bedeutsamen Wachstumsrate in Höhe von 8,5 Prozent und 4,9 Prozent für 2022. Während die Staatsschulden vorübergehend von 184 Prozent des BIP (2018) auf 176 Prozent (2019) gesunken waren, lagen sie im Jahr 2020 bei 206 Prozent und werden laut Prognosen auch 2021 bei über 200 Prozent liegen – eine Zahl, die besorgniserregend hoch ist. Da die Schulden jedoch zum größten Teil von der EZB gehalten werden und sehr lange Laufzeiten haben, scheint die Tragfähigkeit der Schulden dennoch gegeben zu sein. Die wirtschaftliche Zukunft wird davon abhängen, ob es der Regierung Mitsotakis gelingt, die finanziellen Folgen der Corona-Krise in den Griff zu bekommen. Denn die Folgen der Pandemie sowie der Krieg in der Ukraine erhöhen massiv den politischen Handlungsdruck, unter dem die Regierung steht. Die Inflationsrate war im Januar 2022 laut Eurostat die höchste seit 2010 und lag bei 5,5 Prozent. Bei Strom und Erdgas sind Preissteigerungen von 200–300 Prozent zu verzeichnen. Weiterhin sind Benzin und Lebensmittel die Produkte mit der stärksten Preiserhöhung. Die Regierung versuchte im Januar, die Preissteigerung bei Strom und Gas mit Zuschüssen in Höhe von 395 Millionen aufzufangen, entsprechende Aufwendungen im Februar fielen geringer aus. Die Opposition kritisierte diese Hilfen als zu gering und ineffizient.

Erwähnenswert ist, dass die Regierung im Zuge der Pandemiebekämpfung vorübergehend weitreichende beschäftigungspolitische und steuerliche Maßnahmen zur Abfederung der finanziellen Auswirkungen der Krise auf die Unternehmen einführte. Dazu zählten Steuersenkungen für Unternehmen, Freiberufler_innen und Selbständige, Beihilfen und Zuschüsse sowie Regulierungen für Beschäftigung und Sozialversicherung.

Die Erwerbstätigen sind durch eine schrittweise Senkung des Eingangssteuersatzes, der Sozialabgaben sowie durch die Abschaffung der Solidaritätsabgabe finanziell entlastet worden. Am 1. Januar wurde der Mindestlohn um 2 Prozent von 650 Euro auf 663 Euro angehoben. Für Mai dieses Jah-

res ist eine erneute Erhöhung um 5 bis 5,5 Prozent auf rund 700 Euro avisiert.

Trotz dieser positiven Signale ist die Arbeitslosenrate mit 12,7 Prozent (Dezember 2021) die zweithöchste in Europa, wobei die Zahl arbeitsloser Frauen weit über der der Männer liegt (16,6 Prozent gegenüber 9,5 Prozent). Bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt Griechenland zusammen mit Spanien mit 30,5 Prozent (Dezember 2021) Europaweit an der Spitze. Neu entstehende Arbeitsplätze sind zum größten Teil Teilzeitstellen oder Saisonjobs.

Armut, soziale Ungleichheit und geringer sozialer Zusammenhalt sind nach wie vor Charakteristika der griechischen Gesellschaft. Laut der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen war im Oktober 2021 über ein Viertel (27 Prozent) der griechischen Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Damit hat Griechenland die dritthöchste Quote der EU-27.

Die Corona-Pandemie hatte Auswirkungen auf die Prioritäten der Regierung. Das anschaulichste Beispiel dafür ist die Digitalisierung: Mehrere öffentliche Dienstleistungen wurden schnell und effizient digitalisiert. Die Bereitstellung digitaler Dokumente wie ärztlicher Verschreibungen und Meldebescheinigungen wurde schon in der ersten Pandemiephase realisiert. Fernunterricht und das Arbeiten im Homeoffice wurden sowohl für wissenschaftliche Institutionen als auch für Schulen zur Regel. Im Schulbetrieb war dies oft mit technischen Problemen verbunden.

Auch im privatwirtschaftlichen Sektor hat die Digitalisierung Fortschritte gemacht. Vor der Pandemie hatten nur 30 Prozent der Beschäftigten Erfahrung mit Telearbeit. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist diese Zahl auf 50 Prozent gestiegen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Noch heute sind die Stellung und gesellschaftliche Wahrnehmung der Gewerkschaften nur vor dem Hintergrund ihrer Rolle während der Schuldenkrise zu verstehen. Die Aufhebung von Tarifverträgen und die allgemeine Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen im Zuge der Rettungsprogramme hatten die Gewerkschaften nachhaltig geschwächt.

Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Gewerkschaften nach dem Ende der Strukturanpassungsprogramme (»Memoranda«) wieder eine größere Rolle spielen würden. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Die sichtbarsten Aktionen der drei großen Gewerkschaften ADEDY (Anótati Diikosi Enóseon Dimosíon Ypallílon, Ανώτατη Διοίκηση Ενώσεων Δημοσίων Υπαλλήλων, Dachverband der Beschäftigten im öffentlichen Dienst), GSEE (Γενική Συνομοσπονδία Εργατών Ελλάδος, Dachverband der Beschäftigten im privatwirtschaftlichen Sektor) und PAME (Panergatiko Agonistiko Metopo, Πανεργατικό Αγώναστικό Μέτωπο, kommunistische »militante Arbeiterfront«) waren wiederholte Aufrufe zu Generalstreiks. Die aus den Krisenjahren herrührende Enttäuschung über die Gewerkschaften,

aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit einer Dialog- und Kompromisskultur in der griechischen Politik haben allerdings zu einer wachsenden Streikmüdigkeit geführt.

Die Ausbreitung des Coronavirus und das Verbot von Massenveranstaltungen belastete das Verhältnis der Gewerkschaften zu ihren Mitgliedern noch weiter, vor allem weil das Stillhalten der Gewerkschaften das Gefühl der Machtlosigkeit und Vereinzelung der Arbeiterschaft in vielen Wirtschaftsbranchen verstärkte.

Die beiden Gewerkschaftsbünde Griechenlands, GSEE und ADEDY, sowie die Gewerkschaftsorganisation der kommunistischen Partei Griechenlands PAME hatten im Juni 2021 zu großen Protestaktionen gegen das neue Arbeitsgesetz des Ministeriums für Arbeit und Soziales aufgerufen. Es sah eine Verschärfung der Regeln für Streiks sowie die Möglichkeit vor, dass Arbeitnehmer_innen flexible Arbeitszeiten mit den Arbeitgebern individuell verhandeln. Opposition und Gewerkschaften kritisierten vor allem den Trend zu individuellen statt kollektiven Vereinbarungen zur Arbeitszeit und dem Ausgleich für Überstunden. Vor allem die Regelungen zur Möglichkeit, individuelle Arbeitszeiten zu verhandeln, werden zurecht als Rückschritt gesehen. Diese Öffnungsklauseln werden gerade für prekär Beschäftigte eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit sich bringen, denn die hohe Arbeitslosigkeit in Griechenland bedingt eine sehr geringe Verhandlungsmacht der einzelnen Arbeitnehmer_innen. Der wissenschaftliche Dienst des griechischen Parlaments wies in einer eigenen Analyse ebenfalls auf die Schwäche der Gewerkschaften hin. Die von den Gewerkschaften initiierten Demonstrationen waren die größten seit Jahren. Der öffentliche Verkehr lag weitgehend lahm, die meisten Schulen und Behörden waren geschlossen, viele Krankenhäuser auf Notbetrieb umgestellt, und der Hafen von Piräus wurde von der Gewerkschaft der griechischen Seeleute (Πανελλήνια Ναυτική Ομοσπονδία, Panellínia Naftikí Omospondía PNO) gesperrt.

Weniger Arbeitskämpfe und gute Beziehungen der Sozialpartner könnten eher durch mehr kollektive Verhandlungen und mehr kollektive Regelungen geschaffen werden. Jedoch verringern die neuen Regeln die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und fördern die Individualisierung von Arbeitsregelungen. Das Gesetz verschlechtert also die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern weiter.

Gewerkschaften wie die POEDIN (Πανελλήνια Ομοσπονδία Εργαζομένων Δημόσιων Νοσοκομείων, Panellínia Omospondía Ergazoménon Dimosíon Nosokomeíon, Panhellenischer Verband der Angestellten öffentlicher Krankenhäuser), und der Verband der Ärzte und Ärztinnen in öffentlichen Krankenhäusern (Ομοσπονδίας Ενώσεων Νοσοκομειακών Πατρών Ελλάδος, Omospondías Enóseon Nosokomeiakón Giatrón Elládos OENGE), riefen im Februar 2022 zu landesweiten Demonstrationen auf, um ihre Forderung an die Regierung Nachdruck zu verleihen. U.a. verlangten sie, neues Personal einzustellen, alle befristeten Verträge im Gesundheitssektor zu entfristen, die Gehälter und Renten auf das Niveau von vor den Kürzungen von 2012 anzuheben und das 13. und 14. Monatsgehalt wieder einzuführen. Im Februar

2022 wurde ein von der Gewerkschaft ENEDEP (Ένωση Εργαζομένων Διακίνησης Εμπορευματοκιβωτίων Πειραιά, Enosi Ergazomenon Diakinisis Emporevmatokivotion Peiraiá, Gewerkschaft der Containerarbeiter von Piräus) geplanter Streik der Arbeitnehmer_innen von COSCO im Containerhafen von Piräus als rechtswidrig erklärt. Ihre Forderungen waren die Unterzeichnung eines Tarifabkommens, die Eingliederung aller Beschäftigten in Kategorie der schweren und gesundheitsbelastenden Berufe und die Verlängerung befristeter Arbeitsverträge für Dutzende von Beschäftigten.

Aus der letzten Wahl des GSEE-Rates im Februar 2020 ging erneut die der Partei KINAL nahestehende PASKE-Fraktion mit 17 Sitzen als Siegerin hervor. Die eng mit der ND verbundene DAKE-Fraktion mit 11 Sitzen wurde zweitstärkste und PAME die drittstärkste Kraft. Die SYRIZA nahestehenden Gewerkschafter_innen sind in zwei Fraktionen gespalten, die bei der Wahl beide (mit 3 bzw. 5 Sitzen) schlecht abschnitten.

Den beiden großen Dachverbänden GSEE und ADEDY ist es nicht gelungen, eine interne Erneuerung durchzuführen, weshalb sie nicht nur an Durchsetzungskraft, sondern auch an Glaubwürdigkeit verloren. Kaum jemand denkt heute, dass sich seine Situation durch die Mitgliedschaft in einer dieser Gewerkschaften verbessern würde. Dementsprechend niedrig ist der Organisationsgrad. In letzter Zeit wird diskutiert, ob auch in prekären Beschäftigungsverhältnissen Arbeitende in die Gewerkschaften aufgenommen werden sollten. Die Zahl der informell Beschäftigten hat in den letzten Jahren stark zugenommen, dieser Personenkreis könnte möglicherweise die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften erhöhen. Die Meinungen darüber gehen jedoch innerhalb der Gewerkschaften auseinander. Für manche, wie z.B. das Arbeitnehmerzentrum Athens EKA (Εργατικό Κέντρο Αθήνας, Ergatikó Kénτρο Athinas) könnten diese Arbeitskräfte ein großes Potential für die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung darstellen. Diese Ansicht vertreten auch die linken Fraktionen der GSEE (die mit SYRIZA, anderen linken Parteien und der Kommunistischen Partei Griechenlands KKE verbunden sind). Dagegen steht die gängige und auch von Gewerkschaftsführungen vertretene Meinung, dass die Aufnahme von prekär Beschäftigten den Status der bisherigen Gewerkschaftsmitgliedschaft in Frage stellen würde.

GEWERKSCHAFTEN IN GRIECHENLAND – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Gewerkschaften waren während der Militärdiktatur (1967–1974) offiziell nicht tätig, auch wenn sich viele Gewerkschaftsmitglieder aktiv an den Kämpfen zur Wiederherstellung der Demokratie beteiligten. In den ersten Jahren der wiederhergestellten Demokratie wurden die gewerkschaftlichen Aktivitäten vom Staat stark kontrolliert. Das 1982 erneuerte Gesetz zu den Gewerkschaften, das unter anderem den Grundstein für eine angemessene Vertretung der Arbeitnehmer_innen legte, markierte den Beginn einer für griechi-

sche Verhältnisse sehr aktiven Zeit der Gewerkschaften, die bei der Politikgestaltung mitwirkten und am Sozialdialog teilnahmen. Die engen Verbindungen zwischen (Regierungs-) Parteien und Gewerkschaften zeichneten sich bereits damals ab und führten in der Folge zu einem System des »Gebens und Nehmens«. Das Argument, dass der Klientelismus zum Teil aufgrund der Vergrößerung des öffentlichen Sektors in den 1970er- und 1980er-Jahren zunahm, ist heute weit verbreitet und empirisch belegt. Allerdings darf man eine andere Tatsache nicht aus den Augen verlieren: Die Vergrößerung des griechischen öffentlichen Sektors an sich war nicht ausschließlich auf den Klientelismus zurückzuführen, sondern resultierte auch daraus, dass der griechische Staat in einem komplexeren und vernetzten internationalen Umfeld im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts neue Rollen und Verantwortlichkeiten übernahm. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl im öffentlichen Sektor Griechenlands lag selbst bei ihrem Höchststand leicht unterhalb des Durchschnitts der damals EU-15.

Das Recht auf freie Tarifverhandlungen wurde 1990 eingeführt. In den Jahren danach wurden die ersten flexiblen Arbeitsverträge abgeschlossen, die eine neue Kategorie von Beschäftigten hervorbrachten, die sich sowohl durch Flexibilität als auch durch Schutzlosigkeit auszeichnete. Diese prekär Beschäftigten sind in der Regel nicht gewerkschaftlich organisiert. Seit dem Jahr 2000 bemühen sich Gewerkschaften in verschiedenen Wirtschaftssektoren, unter anderem der Telekommunikation, dem Gastgewerbe, der Gebäudereinigung und den Kurierdiensten, um eine gewerkschaftliche Organisation dieser Beschäftigten.

Der Machtverlust der Gewerkschaften begann 2010, als Griechenland im Zusammenhang mit den Rettungspaketen zu Sparmaßnahmen gezwungen war und die Arbeitslosenrate massiv anstieg.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die beiden offiziellen Gewerkschaftsbünde Griechenlands sind GSEE (Allgemeiner Arbeiterbund Griechenlands) und ADEDY (Dachorganisation der im öffentlichen Dienst Beschäftigten). GSEE vertritt hauptsächlich Arbeitnehmer_innen im privatwirtschaftlichen Sektor, aber auch Beschäftigte mit Zeitverträgen im öffentlichen Sektor sowie Beschäftigte in privatrechtlichen öffentlichen Unternehmen. ADEDY ist die Dachorganisation von Angestellten im öffentlichen Sektor, von Beschäftigten bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts und von Angestellten der Kommunal- und Stadtverwaltungen. GSEE und ADEDY vereinen sehr viele Branchengewerkschaften und regionale Verbände unter ihrem Dach.

PAME (Militante Arbeiterfront) ist die Gewerkschaftsorganisation der Kommunistischen Partei Griechenlands. Sie wurde 1999 gegründet und lehnt den Kapitalismus, die Europäische Union und die Regierung ab. Sie versteht sich als eigenständige Gewerkschaftsbewegung, nimmt aber an den Wahlen von GSEE und ADEDY teil. PAME vertritt sowohl den

privaten als auch den öffentlichen Produktionssektor. Diese Gewerkschaft hat weder einen Vorstand noch eine_n Vorsitzende_n, sondern wird von einem Exekutivkomitee geleitet. Sie ist Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). Während GSEE und ADEDY oft gemeinsam Arbeitskämpfe durchführen, organisiert PAME immer ihre eigenen Demonstrationen und Arbeitskämpfe und versucht regelmäßig, die beiden Dachgewerkschaften zu sabotieren. Vor allem im Vergleich zur GSEE, deren Potenzial zur Mobilisierung seiner Mitglieder in den letzten Jahren beträchtlich untergraben wurde, ist PAME auch heute noch sehr effektiv in ihrer Mitgliedermobilisierung.

Ein Gewerkschaftsverband von regionaler Bedeutung ist das Arbeitnehmerszentrum Athens EKA (Εργατικό Κέντρο Αθήνας, Ergatikó Kéntro Athínas). Das EKA ist mit rund 110000 Mitgliedern der größte Gewerkschaftsverband zweiten Grades in Griechenland (zur Gewerkschaftsstruktur siehe unten). Es ist Mitglied bei GSEE und ECTUN (European Capitals Trade Unions Network) und überaus aktiv – sowohl in Bezug auf die Mobilisierung seiner Mitglieder als auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Arbeit seines Instituts.

Eine der wichtigsten und mächtigsten Branchengewerkschaften ist GENOP-DEI, die Gewerkschaft der Beschäftigten beim staatlichen Energieversorger DEI (Γενική Ομοσπονδία Προσωπικού ΔΕΗ, Genikí Omospondía Prosopikou DEI). Aufgrund der hohen Beschäftigungszahl des staatlichen Energieversorgers DEI und dessen Schlüsselrolle beim geplanten Ausstieg aus der Kohleförderung verfügt sie über erheblichen Einfluss. In Bezug auf die Dekarbonisierung ist GENOP-DEI der Ansicht, dass diese nicht innerhalb der nächsten sieben Jahre umzusetzen ist, weil Griechenland nicht über genügend erneuerbare Energiequellen verfügt. In der Vergangenheit geriet die Gewerkschaft jedoch aufgrund von Finanzskandalen und fragwürdigen Kreditvergabepraktiken in öffentlichen Misskredit.

Im privatwirtschaftlichen Sektor gibt es weitere kleine Gewerkschaften, die sich von den offiziellen Gewerkschaftsstrukturen (der GSEE) fernhalten und in die Kategorie des sogenannten *Social Movement Unionism* eingeordnet werden könnten. Typische Beispiele für eine solche Verbindung von Gewerkschaft und sozialer Bewegung sind die Buchdrucker-gewerkschaft BOPU und die »Informelle Versammlung der Berufskraftfahrer«, SVEOD. Sie haben jedoch kaum Einfluss.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Griechenland

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Γενική Συνομοσπονδία Εργατών Ελλάδος, ΓΣΕΕ (Generalverband der griechischen Arbeiter, GSEE)	Vorsitz: Ioannis Panagopoulos Generalsekretär: Nikos Kioutsoukis	330000	IGB, EGB
Ανώτατη Διοίκηση Δημοσίων Υπαλλήλων, ΑΔΕΔΥ (Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst, ADEDY)	Vorsitz: Ioannis Paidas Generalsekretär: Dimitris Bratis	264375	EGB, PSI, EPSU

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Griechenland

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Ομοσπονδία Λειτουργών Μέσης Εκπαίδευσης, ΟΛΜΕ (griechischen Sekundarschullehrergewerkschaft, OLME)	ADEDY	Vorsitz: Theodoros Tsouchlas Stv. Vorsitz: Theodoros Malagaris	41 000	ETUCE, EI
Γενική Ομοσπονδία Προσωπικού ΔΕΗ, ΓΕΝΟΠ ΔΕΗ (Gewerkschaft der Arbeiter in der öffentlichen Energieversorgung, GENOP DEI)	GSEE	Vorsitz: Georgios Adamidis Generalsekretär: Antonios Karras	15 500	EPSU
Ομοσπονδία Συλλόγων Υπηρεσίας Πολιτικής Αεροπορίας, ΟΣΥΠΑ (Gewerkschaft der Griechischen Zivilluftfahrt, OSYPA)	ADEDY	Vorsitz: Konstantinos Triantafyllou Generalsekretär: Kostas Minas	k. A.	ETF, ITF
Πανελλήνια Ναυτική Ομοσπονδία, Panel-línia Naftikí Omospondía PNO (Gewerkschaft der Seeleute)	GSEE	Generalsekretär: Emmanouil Tsi-kalakis	k. A.	ETF, ITF
Πανελλήνια Ομοσπονδία Εργαζομένων Δημόσιων Νοσοκομείων, Panel-línia Omospondía Ergazoménon Dimosíon Nosokomeíon POEDIN (Panhellen-ischer Verband der Angestellten öffentlicher Krankenhäuser)	ADEDY	Vorsitz: Michalis Giannakos Generalsekretär: Christos Papa-nastasis	k. A.	ETF, ITF

Was die Struktur der Gewerkschaften betrifft, sieht das griechische Recht drei Grade vor:

- a) Gewerkschaften des **ersten Grades**. Sie haben rechtliche Autonomie und sind entweder auf eine kleine Region oder ein Unternehmen beschränkt. Sie können Teil einer nationalen Branchengewerkschaft oder eines regionalen Gewerkschaftsverbandes (zweiten Grades) sein.
- b) Gewerkschaften des **zweiten Grades**: Hierbei handelt es sich entweder um nationale Industrie- bzw. Berufsverbände (z. B. die GENOP-DEI) oder um regionale Organisationen wie das Arbeiterzentrum Athens EKA.
- c) Gewerkschaften des **dritten Grades**: nationale Dachorganisationen wie GSEE und ADEDY, die aus Gewerkschaften des zweiten Grades bestehen.

Die Verbindungen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien sind in Griechenland traditionell sehr eng. Die Parteien sind direkt in den Gewerkschaften repräsentiert, und zwar in Form von politischen Fraktionen, die sich unter einem anderen Namen als dem Parteinamen zur Wahl stellen. Die Anzahl der Stimmen einer Fraktion entscheidet über die Anzahl der Sitze im Vorstand der Gewerkschaft. Die Fraktion mit den meisten Sitzen oder eine Koalition aus mehreren Fraktionen bestimmt anschließend den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes. Die enge Verknüpfung von politischen Parteien und Gewerkschaften ist einer der Gründe für das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Gewerkschaften. Zahlreiche Skandale, Machtmissbrauch und die Durchsetzung von parteipolitischen Eigeninteressen haben die Gewerkschaften insgesamt in Verruf gebracht, aber auch die von den Eliten, den Regierungen und den Medien entfachte zunehmende Gewerkschaftsfeindlichkeit hat ein Übriges dazu getan. Und schließlich darf man auch die gewerkschaftsfeindliche und individualistische Kultur nicht vergessen, die in den griechischen Betrieben vorherrscht.

In der Regel legen die Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen nicht offen und allgemein zugängliche Informationen über Mitgliederzahlen sucht man vergebens. In Zukunft sollen die Mitgliederzahlen in einem elektronischen Register verzeichnet werden.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist in Artikel 23 der griechischen Verfassung verankert: »Der Staat trifft im Rahmen der Gesetze die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Koalitionsfreiheit und der ungehinderten Ausübung der damit zusammenhängenden Rechte gegen jede Art von Verletzung.« Die Gründung, die Ziele, die finanzielle Unabhängigkeit und das Wahlverfahren der Gewerkschaften sind in einem Gesetz festgelegt, das den Titel trägt: »Für die Demokratisierung der Gewerkschaftsbewegung und die Gewährleistung des Rechts der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmer«. Dieses Gesetz sichert auch das Streikrecht zu und nennt die Voraussetzun-

gen für die Ausübung dieser Rechte (Art. 20). Im Jahr 2018 kam es zur Reform des Streikrechts, was die Gewerkschaften auf die Straße trieb. Bei dieser Reform handelte es sich um eine im Rahmen der Anpassungsprogramme vereinbarte Maßnahme. Damit wurde das geforderte Quorum für Urabstimmungen in Gewerkschaften ersten Grades von einem Fünftel auf die Hälfte der eingeschriebenen Mitglieder erhöht. Seitdem ist für die Ausrufung eines Streiks ein Mehrheitsvotum nötig.

Demonstrationen sind für die griechischen Gewerkschaften besonders wichtig. Daher war die Änderung des Demonstrationsrechts ein herber Schlag: Im Juli 2020 wurde ein Gesetz zum Demonstrationsrecht verabschiedet. Es soll verhindern, dass das Zentrum Athens und anderer Städte immer wieder durch kleine Demonstrationen lahmgelegt wird. Bei jeder Kundgebung muss nun eine Person für die Organisation/Koordination genannt werden, die für den friedlichen Ablauf verantwortlich und Ansprechperson für die Polizei ist. Gemäß dem neuen Gesetz ist diese Person für entstehende Schäden und ihre Beseitigung verantwortlich. Von dieser Verantwortung ist sie befreit, wenn sie die Kundgebung rechtzeitig angemeldet hat und nachweisen kann, dass sie alle notwendigen Maßnahmen für einen störungsfreien Ablauf ergriffen hatte. Die Polizei ernennt einen »polizeilichen Vermittler«, der Kontaktperson zwischen den vor Ort befindlichen Polizeikräften und der für die Demonstrationsorganisation zuständigen Person ist. Im Juni 2021 wurde durch das neue Arbeitsgesetz das elektronische Votum bei der Generalversammlung eingeführt und künftig sollen die Gewerkschaften verpflichtet werden, bei Streiks im öffentlichen Sektor rund ein Drittel der Dienstleistungen sicherzustellen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften haben im Zuge der Schuldenkrise massiv an Durchsetzungskraft verloren. Ihre Position im sozialpartnerschaftlichen Dialog ist geschwächt. Auch in Bezug auf ihre Kernaufgaben wurden und werden sie ausgegrenzt. Das Abebben der Proteste, insbesondere nachdem SYRIZA an die Regierung kam, hatte ebenfalls Auswirkungen auf den Rückgang an gewerkschaftlicher Aktivität. Der eigentliche Grund für die derzeitige Randstellung der Gewerkschaften liegt jedoch eher in ihren Dysfunktionen und ihrer Tatenlosigkeit gegenüber dem Kurs der Austeritätspolitik.

Bis 2010 fanden Tarifverhandlungen noch auf Branchenebene statt. Die Ergebnisse wurden für allgemeinverbindlich erklärt. Da die griechische Wirtschaft zum größten Teil aus Klein- und Kleinstbetrieben besteht, die keinem Verband angehören, war die Allgemeinverbindlichkeit generelle Praxis, um ein Unterlaufen des Tarifs zu verhindern. Tarifverhandlungen waren auch auf betrieblicher Ebene möglich, doch der Flächentarif durfte nicht unterschritten werden (Günstigkeitsprinzip). Insgesamt galten die Tarifverträge für etwa 90 Prozent der gesamten Arbeiterschaft. Im Zuge der Austeritätspolitik wurden das Tarifvertragssystem sowie die Tarifautonomie de facto abgeschafft. Das gewerkschaftli-

che Verhandlungsmonopol wurde durch das Zulassen nicht-gewerkschaftlicher Arbeitnehmer_innenvertretungen beim Abschluss von Unternehmenstarifverträgen aufgebrochen. Das Prinzip der Allgemeinverbindlichkeit wurde ausgesetzt, die Nachwirkung von Tarifverträgen von sechs auf drei Monate reduziert und die Laufzeit von Tarifverträgen auf drei Jahre begrenzt. Im Jahr 2012 wurde der nationale Manteltarifvertrag de facto ausgesetzt und der Mindestlohn wurde in der Folge einseitig von der Regierung festgelegt. Die durch obengenannte Maßnahmen verursachte Beeinträchtigung der Tarifverhandlungen spiegelt sich in der stark sinkenden Tarifbindung wider, die laut den Daten der OECD von 100 Prozent im Jahr 2010 auf 25,5 Prozent im Jahr 2016 sank.

Im August 2018 leitete das Ministerium für Arbeit und Soziales erste Maßnahmen zur Wiederherstellung der Tarifautonomie ein und begann mit der schrittweisen Wiedereinführung von Branchenverträgen mit Allgemeinverbindlichkeit. Unter der neuen konservativen Regierung wurde im Herbst 2019 ein Gesetz verabschiedet, mit dem das Günstigkeitsprinzip de facto ausgehebelt wurde: Es wurde festgelegt, dass regionale Branchentarifverträge künftig den nationalen Flächentarif unterschreiten dürfen. Außerdem können Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen – z. B. bei finanziellen Engpässen – von den Regelungen des jeweiligen Branchentarifvertrages abweichen. Die Gewerkschaften reagierten mit Demonstrationen und Streiks, während SYRIZA der Regierung eine Rückkehr in die Zeit der Austeritätspolitik vorwarf.

Mit dem Beschluss von 2012, dass der Staat den Mindestlohn festlegt, wurde dieser von 750 Euro auf 586,08 Euro (für über 25-Jährige) bzw. 510,95 Euro (für unter 25-Jährige) gesenkt. Auch nach dem Auslaufen der Hilfsprogramme für Griechenland wird der Mindestlohn weiterhin nach Beratungen mit den Sozialpartnern per Gesetz durch das Ministerium für Arbeit und Soziales festgelegt.

Der Gewerkschaftsbund GSEE nimmt am trilateralen sozialen Dialog mit verschiedenen nationalen Institutionen teil, wie beispielweise der griechischen Arbeitsagentur (OAED), dem Einheitlichen Trägers für Sozialversicherung (EFKA) oder dem nationalen Wirtschafts- und Sozialausschusses (OKE). Letztgenannter ist ein Gremium nach dem Vorbild des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Der Ausschuss setzt sich aus Vertreter_innen der Sozialpartner, der Parteien und der Zivilgesellschaft zusammen und wird bei den Beratungen vor relevanten Gesetzesvorhaben miteinbezogen. Es ist schwer abzuschätzen, ob und inwieweit die Gewerkschaftsvertretungen tatsächlich gestalterischen Einfluss auf sozialpolitische Entscheidungen haben.

In Bezug auf eine Mobilisierung der Gesellschaft waren es vor allem die PAME angeschlossenen Gewerkschaften, die während der Corona-Krise einige Initiativen ergriffen, bei denen es hauptsächlich um die Sicherheit der Arbeitnehmer_innen am Arbeitsplatz, um Beschäftigungssicherung und um eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens ging.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die griechischen Gewerkschaften haben in den vergangenen zehn Jahren massiv an Einfluss, Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Gestaltungsmacht verloren. Dementsprechend ist ihr politisches Gewicht derzeit äußerst gering. Die Tatsache, dass es traditionell keinen institutionell verankerten Sozialdialog gibt, hat maßgeblich zu ihrer Schwächung beigetragen.

In Griechenland gelten die Gewerkschaften gemeinhin als unglaubwürdig, ineffektiv, klientilistisch organisiert und parteienabhängig. So gaben im Jahr 2013 in einer repräsentativen Meinungsumfrage 95,2 Prozent der Befragten an, Gewerkschaften hätten nichts oder sehr wenig unternommen, um die soziale Kahlschlagpolitik zu verhindern. Zwei Jahre vorher, also noch relativ zu Beginn der Schuldenkrise, gaben nur 7 Prozent der Befragten an, Vertrauen in die Gewerkschaftsführungen zu haben.

Die griechischen Gewerkschaften haben sich jahrzehntelang im Kampf um Privilegien zu eng an die politischen Parteien und an staatliche Unternehmen gebunden. In der Schuldenkrise wurden sie sowohl von den Gläubigern als auch der Gesellschaft der Mitschuld an der Eskalation der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Situation bezichtigt. Wenig hilfreich war hierbei auch die Haltung der bis Juli 2019 regierenden Partei SYRIZA, Gewerkschaften nicht als Verhandlungspartner bei politischen Projekten anzuerkennen. Es ist bemerkenswert, dass sich der damalige Premierminister Tsipras kein einziges Mal mit dem GSEE-Vorsitzenden Ioannis Panagopoulos traf.

Angesichts dieser eher düsteren Bestandsaufnahme ist zu konstatieren, dass es immense politische und gesellschaftliche Herausforderungen zu überwinden gilt und viel zu tun gibt: die Rückgewinnung des Vertrauens, eine personelle Erneuerung, die Überwindung parteipolitischer Abhängigkeiten, die Entwicklung eines innovativen Instrumentariums, um die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder besser repräsentieren zu können, die Rekrutierung neuer Mitglieder und eine verbesserte Repräsentation von Frauen und jungen Menschen. Die Gewerkschaften müssen sich wieder als relevante Akteure positionieren – sowohl im Prozess der Politikgestaltung als auch an der Basis. Neben personeller Erneuerung (beispielsweise ist der GSEE-Vorsitzende Ioannis Panagopoulos seit 2006 im Amt und wurde im März 2020 erneut gewählt) geht es vor allem auch darum, die Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu überwinden. Ein anderes zentrales Problem, das seit Jahrzehnten nicht gelöst wurde, ist die riesige und weiter zunehmende »Vertretungslücke« innerhalb der Gewerkschaftsorganisation. Von den 45 Mitgliedern im Verwaltungsrat der GSEE sind nur zwei Frauen. Zudem besteht in den Gewerkschaften ein Mangel an Mitgliedern mit Migrationshintergrund. Auch in Bezug auf interne demokratische Strukturen ist noch viel Luft nach oben, kennzeichnend ist ein struktureller Mangel an demokratischem Ethos und eine eingeschränkte Partizipationskultur. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die etablierten bürokratischen Eliten, die nicht bereit sind, Neuzugängen die Initiative

zu überlassen, aber auch engstirnige militante Gewerkschafter_innen, die sich nicht zur Einhaltung einfacher Grundsätze wie demokratische Partizipation und Bündnisbildung durchringen können, um der Gewerkschaftsbewegung dadurch neues Leben einzuhauchen.

Giorgos Bithimitris, PhD, Nationales Zentrum für Soziale Forschung EKKE, Athen

Stefanos Spiliotopoulos, Wiss. Mitarbeiter im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Griechenland, Athen

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.